

Kulturelle Prägungen

»Der demokratische Staat kann nur als Rechtsstaat leben. Deshalb muß der *Grundsatz* der Unabhängigkeit des Richters von der Verwaltung, der sich im Kampf gegen den Absolutismus entwickelt hat, gewahrt bleiben. Der Richter der Demokratie ist dem Gesetz unterworfen. ... In der Weimarer Republik waren beide Bedingungen theoretisch erfüllt. Und doch war die Justiz ein Instrument der Reaktion gegen die Demokratie. Warum? Die Republik übernahm den Justizapparat des wilhelminischen Staates unverändert. Der Jurist der Monarchie war, durch soziale Herkunft, Hochschule, Vorbereitungsdienst und militärischen Dienst als Einjährig Freiwilliger und Reserveoffizier gebunden, deren Geist verpflichtet. ... Die nationalistischen Geschichtslegenden, schimmernde Wehr, Verachtung der nichtakademischen ›Proleten‹ waren für ihn selbstverständliche Grundhaltung.«

(Abendroth, Wolfgang: Demokratie und Rechtspflege, 1946, in: Abendroth, Wolfgang: Gesammelte Schriften Bd. 1, 1926-1948, S. 465-467, 465)

Vorwort

Kultur spielt in den politischen Diskussionen keine große Rolle. Aber man weiß, dass für das politische Handeln *kulturelle Prägungen* oft entscheidend sind. Unter dieser Formel soll zusammengefasst werden, was an Selbstverständlichkeiten wie Vorurteilen, Traditionen, Sozialisationserfahrungen, Wissensbeständen, Neigungen und anderem zu den »subjektiven Faktoren« der politischen Entscheidungsfindung gezählt wird. Insbesondere geht es um lange wirkende und tief verankerte Haltungen. Ihre Existenz ist meist unbestritten, aber selten wird ihnen genauer nachgegangen.

Ich rede nicht von »Habitus« wie der französische Soziologe und Ethnologe Pierre Bourdieu (auch die von mir benutzten Autoren gebrauchen diesen Begriff eher selten). Von »kulturellen Prägungen« zu sprechen erlaubt es, deutlicher nach Ursachen und Wandlungen zu fragen, deshalb ziehe ich diese Formulierung vor. Angesichts der Verzweiflung, mit der manche fragen, warum Wahlbürger nicht ihren »Verstand« bei Entscheidungen benutzen, halte ich eine intensivere Beschäftigung mit diesen Faktoren für wichtig. Ich denke dabei immer auch daran, wie man die Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie zu Entscheidungen motivieren kann, die sowohl die eigene Lebensqualität als auch die Zukunft des eigenen Gemeinwesens im Weltzusammenhang verantwortungsvoll berücksichtigen.

Ich bin Europäischer Ethnologe (früher hieß das Fach Volkskunde) und musste mich den Kommilitoninnen und Kommilitonen aus den Politischen Wissenschaften und der Soziologie in meinem Marburger Umfeld gegenüber immer rechtfertigen für das Studium in diesem seltsamen Fach. Jetzt versuche ich zu zeigen, was diese Wissenschaft beitragen kann zu demokratischer Politik.

Der Text geht aus von den international gebräuchlichen Vorstellungen von Kultur als »gesamter Lebensweise«. Dargestellt wird, wie kulturelle Prägungen wirken, wie sie entstehen und wie versucht wird, sie zu beeinflussen. Dabei werden immer wieder kulturhistorische Bezüge hergestellt.

Es geht nicht um Krisenbeschreibungen, Dystopien, moralische Appelle zu Verhaltensänderungen an die Individuen oder in Bezug auf die gesellschaftliche sowie politische Moral nach dem Motto »Wir müssen«. Solche Appelle gibt es übergenug. Es geht auch nicht um spekulative Szenarien einer Welt ohne Polizei, ohne Diskriminierung von Minderheiten und mit gesichertem Frieden. Vielmehr geht es einfach real um Politik als zielgerichtetes gesellschaftliches Handeln und um die Suche nach Spielräumen für Politik, wie sie dank der kulturellen Prägungen möglich sind. Politik folgt nicht irgendwelchen Gesetzen oder Algorithmen, sondern den Interessen der Akteure.

Menschen suchen nach Lebensqualität für sich selbst, ihre Familie und ihre Nachkommen in einer möglichst friedlichen und überlebensfähigen Welt. Mit ihren Vorstellungen von einem guten und richtigen Leben wollen sie sich in diesem Leben Ziele setzen, die für sie überzeugend sind und mit denen sie Anerkennung bei ihren Mitmenschen finden.

Bis vor wenigen Jahren war es selbst in prosperierenden Regionen der Welt möglich, bei den Wahlen eine für alle bessere Zukunft zu versprechen. Heute hat sich bei vielen die Sorge um die zahlreichen drohenden Krisen in den Vordergrund geschoben. Unbestritten ist, dass es in Deutschland viele Formen von sozialer Ungerechtigkeit, ja Not gibt. Und keinesfalls ist es selbstverständlich, dass alle ein überlebenssicherndes Einkommen haben, und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse gibt es auch nicht für jede und jeden. Für eine große Zahl von Menschen in den nicht prosperierenden Regionen und Milieus der Welt stehen freilich immer noch die Überwindung von Hunger und die Suche nach Überlebensmöglichkeiten im Vordergrund. Angesichts der immer sichtbarer werdenden »Grenzen des Wachstums« entsteht so ein Dilemma, das zu überwinden scheinbar unmöglich ist (vgl. Kap. 8.1, 8.3).

Bei den Veränderungen in Mittelosteuropa nach 1990 spielten kulturelle Faktoren, ausgehend von den Wünschen und der Lebenswirklichkeit der Menschen, eine wichtige Rolle, auch wenn die allgemeine Richtung »enthemmte Marktwirtschaft« vorgegeben war. Es gab selbst bei engen Vorgaben unterschiedliche Lösungen. Solche Erfahrungen signalisieren, dass es Spielräume für die Politik gibt. Sie sind wichtig bei der Suche nach Pfaden in Richtung auf eine sozialökologische Transformation. Sie sind auch wichtig, weil jeder Umschwung, wie immer er auch verursacht würde, sei es durch

eine große Krise oder einen überraschenden Sieg der Demokratie über ver- selbständige Finanz- und Wirtschaftswelten, vor den »Mühen der Ebene« stünde und eine Menge von notwendigen Veränderungen realisieren müsste.

Für viele ist es ungewohnt, unter Kultur nicht nur Künste aller Art und die Institutionen zu ihrer Pflege zu verstehen, sondern Kultur als prägen- de Kraft für die gesamte Lebensweise zu betrachten. International ist ein solcher Kulturbegriff verbreitet. Er wurde bei den Ethnologen entwickelt und wird bei der UNESCO und der UNO angewandt. Den Unterschieden zwischen Staaten, Gemeinschaften, aber auch Milieus wird man so gerecht, und man kann mit einem solchen erweiterten, auf die kulturellen Prägungen bezogenen Kulturbegriff eine Politik der Anerkennung und Förderung der kulturellen Vielfalt unter dem Dach der Allgemeinen Menschenrechte ge- stalten.

In den Krisen der Gegenwart sollen die Menschen als aktiv Handelnde und als Wählende bei der gemeinsamen Gestaltung der Lebensverhältnisse (den politischen Entscheidungen) verantwortungsvoll agieren. Sie sollen als »Volk«, als entscheidende Bürgerinnen und Bürger, von denen gemäß der Programmatik des Grundgesetzes alle Macht ausgeht, kompetent mit Pro- blemen umgehen und angemessene Entscheidungen für sich selbst und für das Gemeinwesen (im Grunde für das globale Schicksal) treffen können.

Im Jahr 2020 ist aus Furcht vor Rechtsradikalismus für manche schon das Motto »Weniger Demokratie wagen« denkmöglich geworden. Aber gibt es Alternativen? Bei manchen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bür- gern wachsen Zweifel an der Kompetenz der politisch Handelnden, von denen die Corona-Krise auf teilweise dilettantische Weise angegangen wird. Gleichzeitig muss man zuschauen, wie für die Klimakrise mitverantwort- liche Industriezweige Milliarden Subventionen bekommen, aber mit und trotz dieser Milliarden Dividenden an Anteilseigner gezahlt und Beschäf- tigte entlassen werden. Da ist es an der Zeit nachzudenken, wie mehr und nicht weniger Demokratie dafür sorgen muss, dass wieder einmal ein »Re- formfenster« für Veränderungen geöffnet werden kann. Viele Wählerinnen und Wähler haben ein Gefühl dafür, was »Gemeinwohl« bedeutet. Sie den- ken auch darüber nach, was gemeint ist mit der Grundgesetzformel »Eigen- tum verpflichtet.«

Das sind Themen der einzelnen Kapitel des vorliegenden Buches.

Ich danke Jürgen Harrer und dem PapyRossa Verlag für die Gelegenheit, meine Gedanken zum Verhältnis von Kultur und Politik zur Diskussion zu stellen. Möglich wurde das, weil wir in Marburg zwar so unterschiedliche Fächer wie »Volkskunde« (damals hieß die Europäische Ethnologie noch so) und Politische Wissenschaften studierten, uns aber im Marburger SDS und dem Verlag Arbeiterbewegung und Geschichte (VAG) gemeinsam als Schüler von Wolfgang Abendroth fanden. Ich danke Michael Buckmiller, der es mir angesichts ähnlicher Gemeinsamkeit ermöglichte, die ersten Bände der Gesamtausgabe der Schriften von Wolfgang Abendroth zur Vertiefung einiger Überlegungen zu Kultur und dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu nutzen.

Wolfgang Abendroth erscheint daher häufiger in diesem Text. Wie stark das Studium bei ihm mich als Kulturwissenschaftler und Volkskundler beeindruckt hat, ist mir in jüngerer Zeit aufgefallen, als ich nach der Bedeutung seines Denkens zu Staat und Demokratie im Zusammenhang mit Überlegungen zu Kulturpolitik im Rahmen der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz (SKK) der LINKEN fragte, der ich als parteiloses Mitglied angehören durfte. Gleichzeitig habe ich nachgedacht über die Positionierung meines Faches, der Volkskunde und Europäischen Ethnologie, sowie der Kulturwissenschaften insgesamt in der schwierigen Entwicklung der Demokratie im deutschsprachigen Raum. Dass ich gleichzeitig auf die erscheinende Werktausgabe von Abendroth aufmerksam wurde, hat es erleichtert, die gedanklichen Verbindungen herzustellen. Manches hätte auch mit anderen Autoren begründet werden können, in anderen Fällen mögen Politikwissenschaftler heute anders denken. Aber die Präzision des Denkens von Abendroth hat mich immer beeindruckt.

Dass es heute für eine Belebung des demokratischen Denkens hilfreich und nützlich ist (oder wäre), auf die Schärfe der politikwissenschaftlichen Argumentation von Abendroth zurückzugreifen, ist mir dabei deutlich geworden. Manches hat sich geändert, und ich bin als Europäischer Ethnologie auch kein Kenner der aktuellen Verfassungsdiskussion. Aber die Genauigkeit und Konsequenz des Demokratie-Verständnisses von Abendroth ist bemerkenswert und anregend.

Es ist kein Zufall, dass Wolfgang Abendroth in Marburg die von meiner Lehrerin in der Volkskunde, Ingeborg Weber-Kellermann, als Dekanin betriebene Integration der Volkskunde in den Fachbereich Gesellschafts-

wissenschaften gefördert hat: Er wusste, dass eine demokratische Politik die Unterstützung auch dieser Wissenschaft braucht.

Ich danke den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern, die mitgeholfen haben, Themen und Thesen zu formulieren, auch wenn sie oft gar nicht wissen, inwieweit sie mitgewirkt haben und deswegen auch nicht genannt werden. Sie würden vielleicht in manchen Fällen auch gar nicht gern erwähnt werden wollen. Nicht zuletzt danke ich ganz herzlich Johannes Schmidt, meinem Studienkollegen aus der Marburger Volkskunde und Erstleser, für die sorgfältige Sichtung dieses Textes. Und besonders dankbar bin ich Bärbel Kunze-Niese (zufällig Studienkollegin aus den Politischen Wissenschaften der 1970er Jahre) für die vielen wertvollen Hinweise in ihrem Lektorat.

Fern von den Berliner Bibliotheken ist mir in der Corona-Zeit manches schwer oder gar nicht zugänglich gewesen. Deswegen kann es sein, dass ich vieles übersehen und nicht beachtet habe.